

Briefing:

Öl im Feuer der Klimakrise – das EU-Mercosur Abkommen

Inmitten wankender globaler (Handels-) Strukturen arbeitet die Europäische Kommission fieberhaft an der Ratifizierung eines Handelsabkommens, das über ein Vierteljahrhundert verhandelt wurde: Das EU-Mercosur Abkommen. Der Druck, dieses Abkommen zu besiegeln, ist enorm. Für Europäische Funktionär*innen ist es die Antwort auf den Zerfall der regelbasierten Weltordnung westlicher Prägung, ein Rettungsanker und Stabilisator. Angesichts der erratischen (Zoll-) Politik des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump besteht die von der Kommission präsentierte Lösung darin, so viele Handelsabkommen wie möglich so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen. Sie sind das geopolitische Schwert, mit dem die Europäische Union auszieht, die etablierte internationale Arbeitsteilung zu verteidigen, von der sie jahrzehntelang profitiert hat. Eine Arbeitsteilung, deren Wurzeln in der kolonialen Ausbeutung und Zerstörung unzähliger Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens liegen. Das Handelsabkommen mit den vier südamerikanischen Ländern des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) ist eines der krassen Beispiele in diesem Zusammenhang. Einmal in Kraft,

würde es den bestehenden ungleichen Handel vertiefen, mit verheerenden Folgen für die Natur und das soziale Gefüge in den Mercosur-Ländern. Das dort vorherrschende Produktionsmodell, basierend auf dem Abbau von Rohstoffen und dem Export landwirtschaftlicher Gütern (in die EU), ist Ursache von massiver Abholzung der Urwälder, Artensterben, Vertreibung ländlicher Bevölkerung und indigener Gemeinden.

Angesichts der bevorstehenden Ratifizierung des Abkommens, bietet die vorliegende Veröffentlichung einen Überblick zu den Folgen des EU-Mercosur Abkommens für Entwaldung, Umweltzerstörung und Klimawandel. Neu eingefügte Klauseln zum Pariser Klimaabkommen, dem Ausgleichsmechanismus und Waldschutz werden unter die Lupe genommen und vor dem Hintergrund der aktuellen Deregulierungswelle auf EU-Ebene beleuchtet. Außerdem werden konkrete Zahlen zur Klimabilanz der Güter, deren Handel besonders von dem Abkommen vorangetrieben wird, präsentiert. Abschließend werden Empfehlungen für einen Handel im Sinne der europäischen Klimaziele gegeben.



Rondônia ist einer der brasilianischen Bundesstaaten mit der höchsten Entwaldungsrate des Landes.

Bild: Jesse Allen and Robert Simmon / NASA Earth Observatory (PDM 1.0)

Entwaldung und Klimakrise – zwei Seiten derselben Medaille

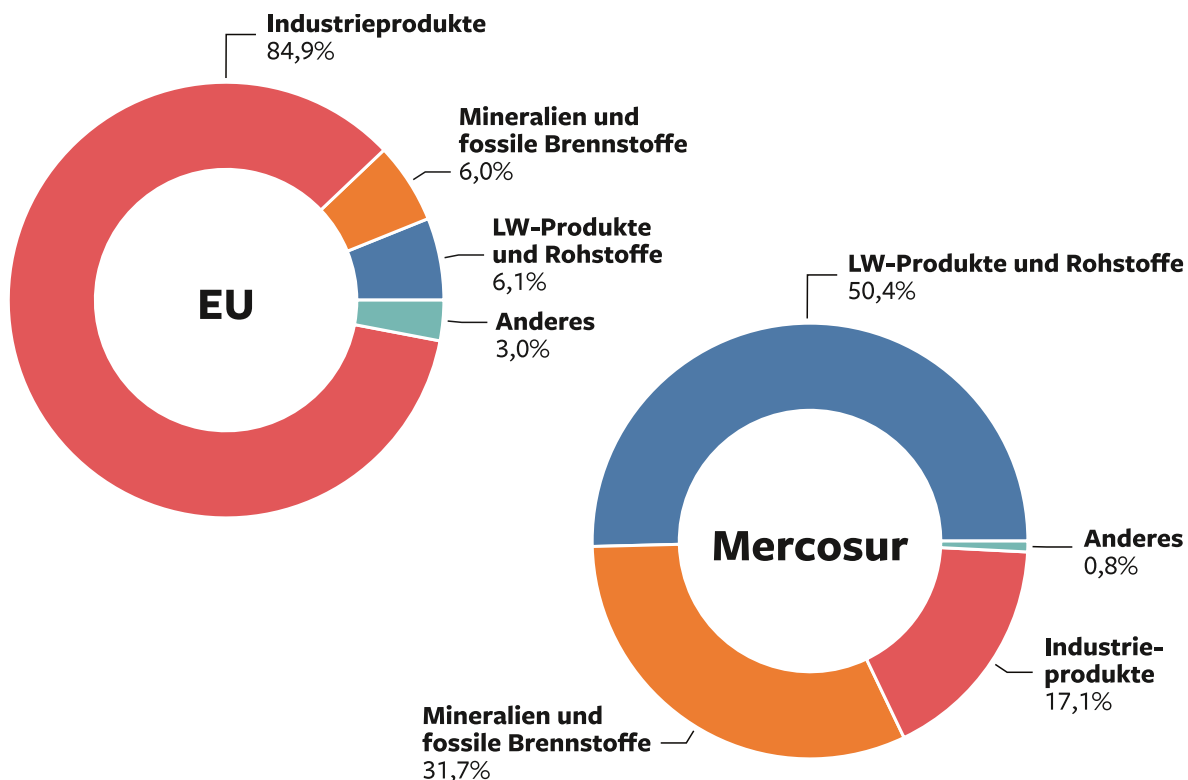
Entwaldung, Landwirtschaft und Landnutzungsänderung sind verantwortlich für etwa ein Drittel aller Treibhausgasemissionen.¹ Das EU-Mercosur Handelsabkommen vergünstigt, vereinfacht und vervielfacht den Handel mit genau den Produkten, die bereits jetzt Haupttreiber von Entwaldung und Landnutzungsänderung in den vier Ländern des Mercosur sind. Denn es senkt Zölle, weitet Importquoten aus und sieht vor, Einfuhrkontrollen, wenn möglich, abzubauen. Außerdem schafft es Exportsteuern ab oder senkt diese bedeutend, wie im Fall der argentinischen Soja. Es setzt also Anreize für eine Ausweitung des aktuellen Landwirtschaftsmodells des Mercosur, das in großem Maßstab auf Monokulturen, massiven Pestizid- und Düngereinsatz sowie Rindfleisch setzt.²

Bereits jetzt gehen drei Viertel der brasilianischen CO₂-Emissionen auf die Landwirtschaft und landwirtschaftlich bedingte Landnutzungsänderungen, bspw.

Entwaldung für die Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzungsflächen, zurück – nicht nur, aber auch auf dem Gebiet des Amazonas Regenwaldes.³ Die dortige Produktion für den Export von Rindfleisch, Kaffee, Soja und anderen Gütern hat zwischen 2018 und 2022 zur Abholzung einer Fläche größer als Österreich geführt.⁴ Europäische Länder haben einen großen Anteil an der Abholzung im Amazonas.

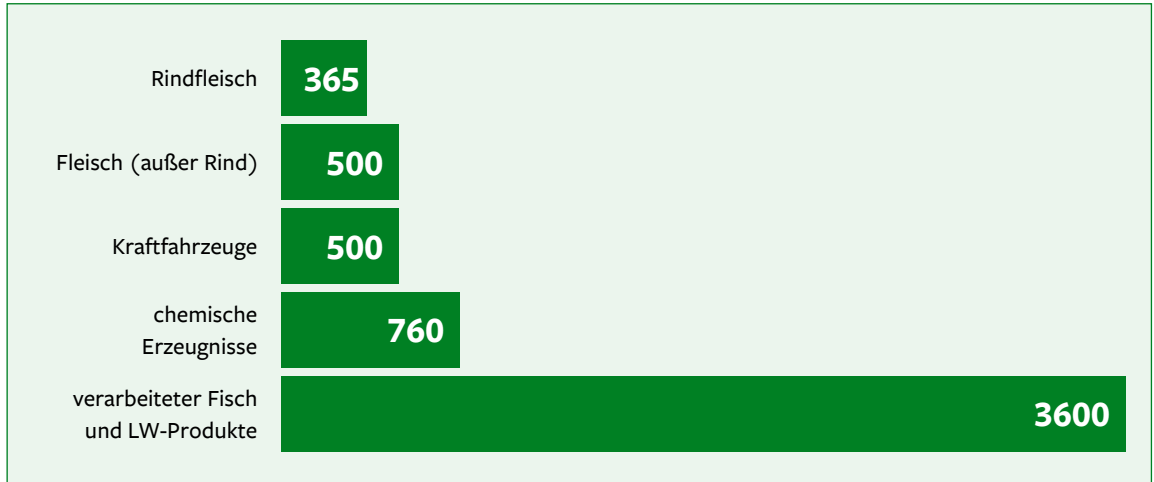
Doch nicht nur der Amazonas Regenwald und Brasilien sind von der Abholzung für die Produktion von landwirtschaftlichen Exportgütern betroffen. Allein zwischen 2012 und 2022 wurde in den Ländern des Mercosur eine Fläche von über 450.000 Hektar Wald für den Anbau von Gütern und Rindfleisch nur für den Export nach Europa gerodet.⁵ Das entspricht fünf Mal der Fläche Berlins. Die mit dieser Abholzung in Verbindung stehenden Produkte waren hauptsächlich Soja, Rindfleisch, Kaffee und Mais.

Abbildung 1: Aktueller Handel zwischen der EU und den Mercosur-Ländern nach Produktgruppe (in Prozent)



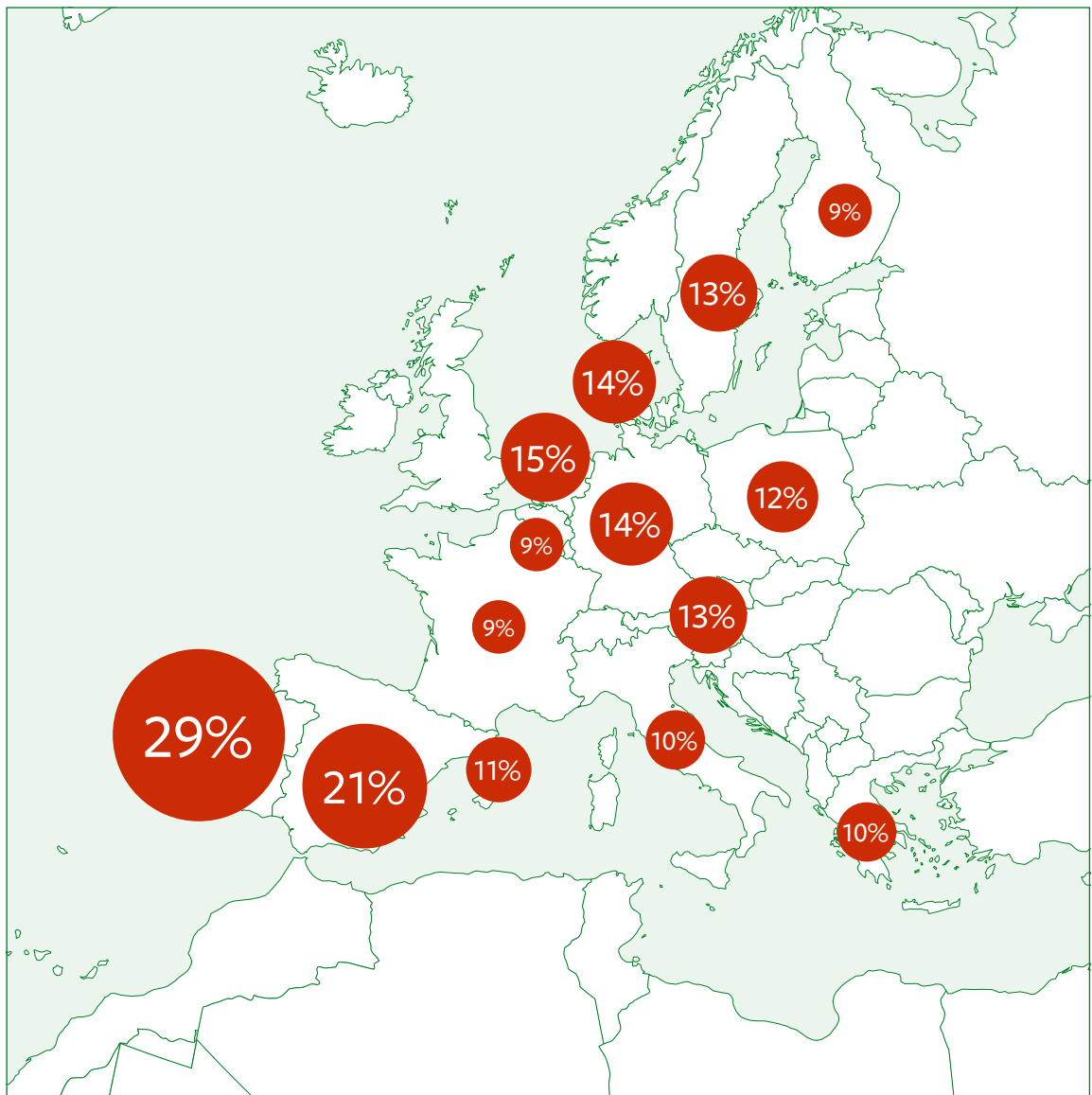
Quelle: Europäische Kommission, 2025

Abbildung 2: Exporte des Mercosur, die mit dem Abkommen den höchsten Anstieg verzeichnen werden (in Millionen Euro)



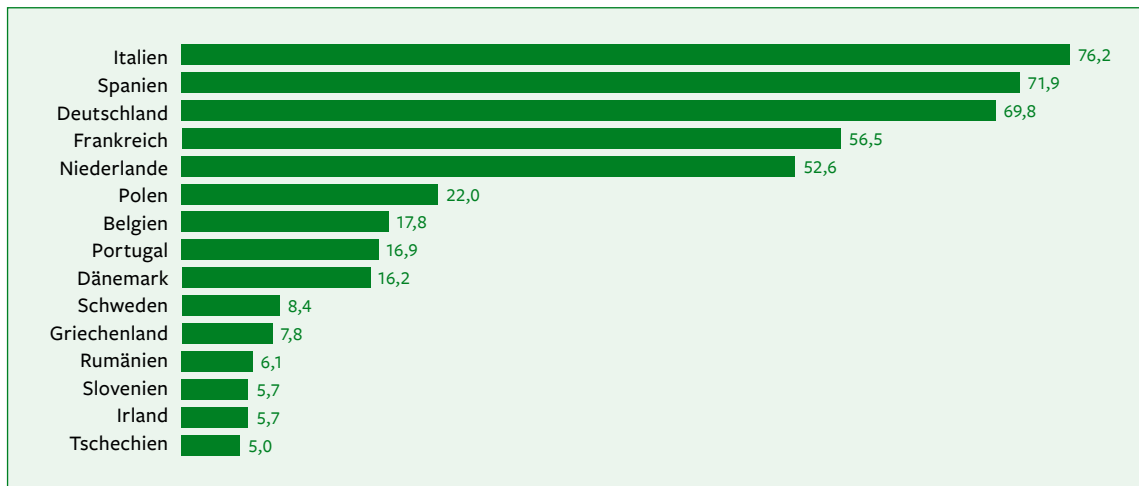
Quelle: Europäische Kommission, 2025

Abbildung 3: Anteil der Importe europäischer Länder, die auf Entwaldung im Amazonas zurückzuführen sind (in Prozent, bezogen auf den gesamten Entwaldungsfußabdruck des Landes)



Quelle: Amazon Footprint Report, WWF et al., 2025

Abbildung 4: Hauptimportländer der EU von mit Entwaldung im Mercosur zusammenhängenden Produkten, zwischen 2012 – 2022 (in tausend Hektar)



Quelle: [deforestation footprint](#) (konsultiert Januar 2026)

Die Europäische Kommission gibt in ihrer ökonomischen Folgenabschätzung (2025) an, das Abkommen habe „vernachlässigbare“ Auswirkungen auf die Entwaldung im Mercosur.⁶ Sie geht sogar davon aus, dass sich diese verringern könnte. Denn aufgrund von Produktivitätssteigerungen könnte ein Teil der Ursachen für Entwaldung ausgeglichen werden. Der Bericht argumentiert außerdem, dass „mit

Inkrafttreten der EUDR (European Deforestation Regulation, Anm. der Autorinnen) die Einfuhr von Waren aus der EU, die mit Entwaldung in Verbindung stehen, verhindert wird. Die Exporte des Mercosur in die EU werden nicht mehr mit Entwaldung in Verbindung gebracht werden.“ (S. 44) Dabei ignoriert sie jedoch einige wichtige Aspekte.

1 Die vollständige Anwendung der Entwaldungsverordnung wurde um ein weiteres Jahr auf Ende 2026 verschoben.⁷ Nachdem dies bereits die zweite Verschiebung ist, stellt sich die Frage, ob die EUDR im Dezember 2026 tatsächlich vollständig in Kraft tritt oder erneut verschoben wird.

2 Berichts- und Sorgfaltspflichten entlang der Lieferketten wurden abgeschwächt. Zudem soll die Europäische Kommission bis 30. April 2026 einen Bericht zur Vereinfachung der EUDR vorlegen, dem eine weitere Abschwächung der Verordnung folgen könnte.⁸

3 Argentinien, Brasilien und Paraguay, drei Länder mit einer extrem hohen Entwaldungsrate aufgrund ihres exportorientierten Landwirtschaftsmodells (das durch das Handelsabkommen weiter vorangetrieben würde), wurden bei der Risikoklassifizierung im Rahmen der EUDR nur als Standardrisikoländer eingestuft.⁹ Grund dafür ist unter anderem das EU-Mercosur Abkommen. Denn in dessen Anhang 18A heißt es im Hinblick auf die Implementierung europäischer Gesetzgebungen zum Schutz von Waldökosystemen: „Die Europäische Union erkennt an, dass dieses Abkommen sowie Maßnahmen, die zur Umsetzung der darin enthaltenen Verpflichtungen ergriffen werden, bei der Risikoklassifizierung von Ländern – neben anderen Kriterien – wohlwollend berücksichtigt werden.“ (Art. 55a) Diese Einordnung hat zur Folge, dass jährlich nur drei Prozent der aus dem Mercosur importierten Güter, die unter die EUDR fallen, kontrolliert werden. Bei Uruguay, das als Niedrigrisikoland eingestuft wurde, ist es sogar nur ein Prozent aller Importe.¹⁰

4 Bei der Untersuchung von aus dem Mercosur importierten Produkten, die mit Entwaldung in Verbindung stehen, sollen europäische Behörden Angaben südamerikanischer Behörden akzeptieren, „zum Zweck der Überprüfung der Einhaltung von Rückverfolgbarkeitsanforderungen durch Produkte, die unter solche Maßnahmen fallen und auf dem Markt der Europäischen Union in Verkehr gebracht werden.“ (Art. 55b). Damit untergräbt das Abkommen die Autonomie europäischer Behörden sowie deren Schlagkraft bei der Durchsetzung europäischer Gesetze.¹¹

5 Der im Kapitel zur Streitbeilegung integrierte Ausgleichsmechanismus (Art. 21.4b) ist dazu geeignet, unter anderem Maßnahmen zum Umwelt- und Waldschutz zu neutralisieren.¹² Denn dieser ermöglicht es einer Vertragspartei, Maßnahmen zu ergreifen, wenn die ihr gewährten Vergünstigungen durch eine Maßnahme „zunichtegemacht oder substantiell geschädigt“ werden. Ein im Juni 2025 veröffentlichtes Briefing zahlreicher europäischer Organisationen wies auf die Folgen für die Entwaldungsverordnung sowie andere Gesetze im Rahmen des Europäischen Green Deal hin.¹³ Ein Factsheet der uruguayischen Regierung feiert diesen Mechanismus, weil er „es dem Mercosur, erlaubt, die Folgen einzudämmen, die unilaterale EU-Maßnahmen (wie der Grüne Deal) auf die Exporte der Mercosur-Länder haben oder haben können.“ Für Uruguay handelt es sich um ein „Schutzinstrument für die Mercosur-Länder gegen die Anwendung von Umweltmaßnahmen seitens der EU“. ¹⁴ Die brasilianische Regierung wiederum spricht von einem „beispiellosen Mechanismus, der einseitige Maßnahmen einer Vertragspartei verhindert, durch der das im Abkommen festgelegte Gleichgewicht gefährdet werden könnte.“¹⁵

6



Mehr Handel zwischen der EU und den Mercosur-Ländern heißt mehr Frachtverkehr. Bild: Wolfgang Weiser / Pexels.com

6 Vor allem in Brasilien, Argentinien und Paraguay stehen die verbleibenden Urwälder unter massivem Druck. Nationale Waldschutzgesetze können oder wollen die aktuellen Regierungen nicht gegen die Großgrundbesitzer und Agrarkonzerne durchsetzen. Aktuelle Beispiele aus Brasilien belegen dies eindrücklich. Dort wurde Mitte 2025 das Gesetz 2159/2021, auch betitelt als „Lei da Devastação“ verabschiedet. Dieses befreit Sektoren wie Agroforstwirtschaft, Viehzucht und Bergbau – die wichtige Treiber von Entwaldung sind und außerdem durch das EU-Mercosur Abkommen gefördert werden – praktisch von der Pflicht für Umwelt-Lizenzierungen.¹⁶ Zudem hat es Folgen für den Schutz indigener Gemeinden im Amazonas Regenwald, deren Gebiete noch nicht offiziell anerkannt sind.

Ein weiteres Beispiel ist das 2006 von privaten Akteuren ins Leben gerufene Soja Moratorium,¹⁷ das Anfang Januar 2026 mit dem Austritt eines der größten brasilianischen agrarindustriellen Verbände (ABIOVE) stark geschwächt wurde.¹⁸ Dem vorangegangen war eine Klage des brasilianischen Verbandes für Land- und Viehwirtschaft gegen Partnerunternehmen des Moratoriums mit dem Argument, dass unter dessen Deckmantel unlautere Preis- und Markt- absprachen stattfinden würden. Daraufhin entschied der Verwaltungsrat zur Verteidigung der brasilianischen Wirtschaft (*Consejo Administrativo de Defensa Económica de Brasil* (CADE)) das Moratorium bis auf weiteres auszusetzen.¹⁹ Mit diesem verpflichten sich teilnehmende Unternehmen, keine Soja zu (ver-)kaufen, die auf Flächen, die nach 2008 im Amazonasgebiet gerodet wurden, angebaut wurde. Das brasilianische *Instituto de Pesquisa Ambiental de la Amazonía* (Ipam)²⁰ geht davon aus, dass ein Ende des Moratoriums zu einem Anstieg der Abholzung im Amazonas um 30 Prozent bis 2045²¹ führen und die Ziele der brasilianische Regierung, die illegale Abholzung bis 2030 einzudämmen, zunichte macht. Damit steht schon vor Inkrafttreten des Handelsabkommens eine der Verpflichtungen des Nachhaltigkeitsanhangs 18A in Frage, in dem es heißt: „Jede Partei (...) soll Maßnahmen implementieren, um weitere Entwaldung zu verhindern und die Anstrengungen zu verstärken, um ab 2030 die Waldfläche zu stabilisieren oder zu vergrößern. In diesem Zusammenhang sollten die Vertragsparteien die in ihrem Umweltrecht gewährten Schutzstandards nicht absenken.“ (A2.15) Da weder die Vereinbarungen im Nachhaltigkeitskapitel selbst noch im Anhang sanktionsbewehrt sind, ist bei einer Nichteinhaltung dieser Klausel nicht mit relevanten Konsequenzen zu rechnen.

7

7 Insgesamt ist die Wirkung der Entwaldungsrichtlinie auf die Entwaldung im Mercosur gering.²² Nicht nur wegen des Abkommens und dessen Bestimmungen, die die EUDR schwächen, sondern auch, weil wichtige Güter wie Zuckerrohr und Geflügel nicht unter die Verordnung fallen. Sie sind aber entscheidende Treiber von Abholzung in Brasilien.

Fazit

Anstatt Urwälder, indigene Gemeinden und Artenvielfalt zu schützen, fördert das EU-Mercosur Handelsabkommen ein Geschäftsmodell, das die Zerstörung sensibler Ökosysteme und unseres Klimas als Kollateralschäden zur Generierung privater Gewinne in Kauf nimmt. Anders als von der Europäischen Kommission behauptet, wird das

Abkommen zu mehr Entwaldung in den Ländern des Mercosur führen – um der Nachfrage nach Soja, Rindfleisch und Co. aus der EU genüge zu tun. Hinzu kommt, dass Bestimmungen des Abkommens selbst die Wirksamkeit europäischer Waldschutzinitiativen wie der EUDR untergraben.



Der Handel mit brasilianischen Rindern trägt maßgeblich zu Entwaldung und Treibhausgasemissionen bei.

Bild: Natalia Malaia / Unsplash.com (PDM 1.0)

Mehr Handel mit klimaschädlichen Gütern

131 Millionen Tonnen CO₂²³ wurden allein in den letzten 10 Jahren (2012 – 22) im Mercosur im Zusammenhang mit der Produktion von landwirtschaftlichen Gütern für europäische Länder freigesetzt (siehe Abbildung 4 auf Seite 5). Das entspricht in etwa den weltweiten CO₂-Emissionen, die 2024 durch das Verbrennen von Kohle entstanden sind.²⁴ Oder, um einen anderen Vergleich zu ziehen: 131 Millionen Tonnen CO₂ sind so viel, wie ganz Nigeria in einem Jahr (2024) ausstößt,²⁵ und übertrifft die jährlichen CO₂-Emissionen europäischer Länder zum Teil um ein Vielfaches.

Trotzdem kommt die Europäische Kommission in ihrer ökonomischen Folgenabschätzung (2025) zu dem Schluss, dass es im Jahr 2040 durch das Abkommen lediglich einen marginalen Anstieg globaler Treibhausgase geben wird (+0,0006% bzw. 318000 Tonnen im Vergleich zu 2023).²⁶ Die auf dem neoklassischen *Computable General Equilibrium* (CGE) Modell basierende Analyse modelliert die energiebezogenen Emissionen, die durch veränderte Produktion und Energienachfrage entstehen. Obendrein wird ein Substitutionseffekt eingerechnet, also angenommen, dass mit veränderten Handelsströmen Emissionen in Drittländern wegfallen. Andere Studien, die ebenfalls auf der neoklassischen CGE Modellierung basieren, wie Campos et. al (2022)²⁷ und Latorre et al. (2022)²⁸ erwarten einen Anstieg von 5,4 Millionen Tonnen bzw. 4,9 Millionen Tonnen CO₂. Das CGE-Modell ignoriert jedoch einige wichtige Treiber von Emissionen,²⁹ wie längere Transportwege und die Zunahme von Transport-Emissionen aufgrund des gestiegenen Handels³⁰ – dabei gehen etwa ein Drittel der handelsbezogenen Emissionen auf den Transport zurück.³¹ Ebenso wenig eingerechnet werden Emissionen aus der weiteren Nutzung von Produkten, wie Abgase, die von Verbrenner-Autos ausgestoßen werden oder im Weiteren entlang von Lieferketten entstehen; sowie Emissionen aus Landnutzungsänderung und Entwaldung.³²

Mercado und Koo (2023) beziehen Landnutzungsänderungen in ihre CGE Modellierung ein und kommen damit zu einem höheren Ergebnis: In ihrer Modellierung eines „moderaten Szenarios“, das von etwas weniger Liberalisierung ausgeht als im Abkommen

tatsächlich vorgesehen ist, kommen sie bei vollständigem Inkrafttreten der Zollsenkungen zu einem jährlichen globalen CO₂-Anstieg von 0,1% (35,7 Millionen Tonnen) im Vergleich zum verwendeten Basisszenario (2014). Unter der Annahme einer kompletten Liberalisierung kommen sie sogar auf einen globalen CO₂ Anstieg von 0,4 Prozent, oder 121 Millionen Tonnen.³³

Emissionen, die aus Landnutzungsänderung und Entwaldung resultieren, haben also einen wesentlichen Anteil am CO₂-Fußabdruck des Abkommens. Allerdings werden sie – ebenso wie Transportemissionen – in Modellierungen häufig vernachlässigt. Die Modellierungen können also nur bedingt Einblick in das Ausmaß der Klimafolgen des Abkommens geben. Studien, wie jene von Grain (2019), die alle Emissionen, die bei der Produktion von Lebensmitteln entstehen – von Futtermitteln und Farminputs, über Fleischverarbeitung, Kühlung und Transport – einberechnet, kommt zu einem jährlichen CO₂-Anstieg in Verbindung mit dem Handel von Rindfleisch, Käse, Ethanol, Babynahrung, Geflügel, Reis, Milchpulver und Zucker von 34% oder 8 Millionen Tonnen CO₂.³⁴

Die Höhe der CO₂-Emissionen variiert je nach Methode. Dabei ist allen Studien eines gleich: das Abkommen ist nicht klimaneutral. Ein Rechtsgutachten im Auftrag von Greenpeace (2024) kommt deshalb zu dem Schluss, dass das Abkommen Verpflichtungen, die die Europäische Union im Rahmen internationaler Klimaschutzverträge eingegangen ist, untergräbt.³⁵ Zudem stellt das Gutachten die Vereinbarkeit mit den Europäischen Verträgen selbst in Frage. Dieser Argumentation folgt auch ein Entschließungsantrag von 145 europäischen Abgeordneten,³⁶ der eine Überprüfung des Abkommens hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit den Europäischen Verträgen vom Europäischen Gerichtshof fordert. Der entsprechende Antrag wurde im Januar 2026 von einer knappen Mehrheit der EU-Parlamentarier*innen angenommen. Über das EU-Mercosur Abkommen kann das EU-Parlament nun erst abstimmen, wenn der EUGH eine Stellungnahme veröffentlicht hat. Eine der zentralen Fragen der Prüfung betrifft den Ausgleichsmechanismus.³⁷

Klimaschädlicher Handel mit EU-Mercosur: das Beispiel Verbrennerautos

Um die Klimaschädlichkeit des Abkommens besser zu verstehen, lohnt es sich, einen genaueren Blick auf die Automobilindustrie zu werfen. Die europäische Automobilindustrie und der Kraftfahrzeugsektor gehören zu den Hauptgewinnern des Abkommens.³⁸ Sie profitieren von der Beseitigung von Zöllen auf Autos, Autoteile, mineralische Rohstoffe und Biodiesel, und von einer EU-Importquote für Biodiesel.³⁹ Darüber hinaus ermöglicht das Abkommen europäischen Autoherstellern den Zugang zu kritischen Rohstoffen wie Lithium, die eine wichtige Rolle in der E-Mobilität spielen.⁴⁰ Doch während in Europa mit unter anderem lateinamerikanischen Rohstoffen die E-Mobilitätswende vorangetrieben wird, sichern sich europäische Autokonzerne im Mercosur einen Absatzmarkt für klimaschädliche Verbrenner.⁴¹ Sie können mit dem Abkommen noch einfacher exportiert werden. Nach der Aufweichung⁴² des eigentlich vorgesehenen Verbots von Neuzulassungen in der EU ab 2035 können Verbrenner auch danach in der EU verkauft werden, ohne Strafzahlung fürchten zu müssen. Allerdings sollen nur solche Autos zugelassen werden, deren CO₂-Ausstoß 90% unter dem von Autos in 2021 liegt. Für exportierte Autos gilt diese Vorgabe jedoch nicht. Da bei Verbrennern nicht nur Emissionen bei der Produktion und dem Transport freigesetzt werden, sondern auch in der weiteren Nutzung, verursachen sie gerechnet auf ihren Lebenszyklus deutlich höhere Emissionen als E-Autos.⁴³ Zudem sinkt die Emissionsintensität von E-Autos in dem Maße, in dem die Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt wird.

Jährlich werden aktuell circa 73.000 Autos aus der EU in den Mercosur exportiert.⁴⁴ Die Automobilindustrie hofft, diese Zahl mit Hilfe des Abkommens zu verdreifachen.⁴⁵ Das entspricht auch der Einschätzung der Europäischen Kommission, die Kraftfahrzeuge unter den Gütern mit dem höchsten Exportanstieg (in Millionen Euro) einordnet (siehe Abbildung 2 auf Seite 4). Allein der Transport dieser Autos auf dem Seeweg stößt circa 16.600 Tonnen CO₂ aus, bei einer tatsächlichen Verdreifachung wären das 49.800 Tonnen CO₂. Das ist etwa so viel, wie der durchschnittliche CO₂-Fußabdruck von 5000 Personen in Deutschland in einem Jahr.⁴⁶

Hinzu kommt, dass die brasilianische Dekarbonisierungsstrategie im Verkehrsbereich stark auf Agrotreibstoffe aus Biomasse, vor allem Zuckerrohr, setzt. Die verursacht jedoch erhebliche Klimarisiken aufgrund der Landnutzungsänderungen für den Anbau von Energiepflanzen. Die europäische Automobilindustrie, bspw. VW, unterstützt diese fragwürdige Dekarbonisierungsstrategie und trägt damit direkt zur vermehrten Entwaldung in Mercosur-Ländern, insbesondere in Brasilien, bei. Besonders hervorzuheben ist dabei die Entwaldung im Zusammenhang mit Zuckerrohr für Bioethanol, aber auch Weideflächen für Rinder, deren Leder in der EU zu Autositzen weiterverarbeitet werden.

Zudem beinhaltet das Abkommen die Anerkennung von Tests und Zertifikaten zur Automobilzulassung nach EU-Regulierungen. Doch diese schwachen Regulierungen erleichtern Autokonzernen Abgasmanipulationen sowie die Beschönigung ihrer Emissionsbilanzen.⁴⁷

10



Mit Hilfe des Abkommens könnten sich die Exporte von EU-Verbrennerautos verdreifachen.

Bild: Kathy / Unsplash.com



Der Anbau von Sojabohnen in riesigen Monokulturen ist ein Treiber von Entwaldung. Bild: Wolfgang Weiser / Pexels.com

Währenddessen feiert die Europäische Kommission die Integration des Pariser Klimaschutzabkommens als wesentlichen Bestandteil (*essential element*) im Partnerschaftsabkommen. Damit könnten Handelspräferenzen teilweise oder vollständig ausgesetzt werden, wenn eine Partei gegen die Vereinbarungen des Pariser Abkommens verstößt. Allerdings kommen selbst die wohlwollendsten Studien zu dem Schluss, dass es sich zwar um einen „beeindruckenden Fortschritt“ handelt, dessen „inhaltliche Wirkung aber recht begrenzt“ ist.⁴⁸ Das liegt an der

schwachen Formulierung, bei der von den Parteien des Abkommens nur verlangt wird, „in Treu und Glauben“ Vertragspartei des Abkommens zu bleiben. Was das genau bedeutet, wird nicht näher ausgeführt. Konkrete Vereinbarungen zur Umsetzung der national festgelegten Klimaschutzbeiträge gibt es nicht. Verschiedene Studien⁴⁹ gehen daher davon aus, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass die Klausel jemals angewandt und zu einer Aussetzung des Abkommens führen wird.

Fazit

Die Klimafolgen des EU-Mercosur Handelsabkommens werden in den Berechnungen der Europäischen Kommission beschönigt. Das Abkommen dient vor allem den Exportinteressen der europäischen Industrie und südamerikanischen Agrarkonzernen. Den Folgen für zukünftige Generationen angesichts eines sich immer schneller erheizenden Planeten wird hingegen kaum Rechnung getragen. Das ist besonders besorgniserregend angesichts der bereits jetzt schon bestehenden eklatanten Verfehlungen sämtlicher Vertragsstaaten hinsichtlich der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels.⁵⁰



Industrielle Abgase.

Bild: Ludvig Hedenborg / Pexels.com

Empfehlungen für einen Handel im Sinne der europäischen Klimaziele

Die Europäische Union strebt an, bis 2050 klimaneutral zu werden.⁵¹ Gesetze und Regulierungen im Rahmen des Europäischen Grünen Deal, wie die Entwaldungsverordnung, sind Teil der Maßnahmen auf diesem Weg zum Ziel. Auch die europäische Handelspolitik sollte dazu beitragen, in diesem Sinne Synergieeffekte zu generieren, anstatt die getroffenen Maßnahmen zu konterkarieren. Wir haben bereits sieben von neun planetaren Grenzen überschritten, darunter Klimawandel und Landnutzungsänderung.⁵² Das bedeutet, wir leben weit über die Regenerierungskapazitäten der Erde hinaus – auf

Kosten zukünftiger Generationen. Angesichts dieser Situation ist es fahrlässig, ein Abkommen zu unterzeichnen, das ein ungerechtes, klima- und umweltschädigendes Wirtschafts- und Handelsmodell vorantreibt. Die Kurzfristigkeit, mit der die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten der EU auf die tiefe Krise des Weltwirtschaftsmodells reagieren, ist besorgniserregend. Geopolitisches Kalkül und europäische Wirtschaftsinteressen überdecken langfristige Überlegungen eines gerechten Handels innerhalb planetarer Grenzen.

Eckpunkte eines klimafreundlichen Handels sollten folgende Punkte berücksichtigen:

1 Die Erarbeitung einer Liste nachweislich klimaschädlicher Güter, deren Handel nicht durch Zollerleichterungen gefördert wird.

2 Das Verbot des Exports von Waren, deren Vertrieb in der Europäischen Union aufgrund ihrer (Klima-) Schädlichkeit verboten ist. Darunter fallen Pestizide sowie Einwegplastik. **Zudem sollten sich Produkte, die exportiert werden, verpflichtend an europäischen Standards orientieren.**

3 Die Förderung von Wissens- und Technologietransfer, um lokale bzw. regionale Produktion von Gütern zu fördern und dadurch die Emissionen im Zusammenhang mit internationalem Handel zu minimieren. Ländern darf es nicht länger untersagt sein, Leistungsanforderungen an ausländische Investoren zu stellen, wie es Handelsabkommen derzeit tun.

4 Die Förderung lokaler, ökologischer Landwirtschaft und die Reduzierung des landwirtschaftlichen Handels auf ein umwelt- und sozial verträgliches Maß. Gerade Produkte, die nachweislich für Entwaldung in den Herkunftsländern verantwortlich sind, sollten von Handelsliberalisierungen ausgenommen werden. Stattdessen müssen Länder, deren Wirtschaftsmodell auf der Ausbeutung ihrer natürlichen Rohstoffe beruht, dabei unterstützt werden, industrielle Verarbeitungskapazitäten im Land aufzubauen. Zudem sollten ihre Anstrengungen zum Waldschutz und der Transformation ihrer Wirtschaftssysteme von der Europäischen Union unterstützt werden.

5 Die Senkung des europäischen (Rohstoff-) Verbrauchs, um den Druck auf die sensiblen Ökosysteme anderer Länder zu senken. Solange die europäische Viehzucht von dem Import von Soja aus dem Mercosur abhängt, wird sich an den Anreizen für den Anbau dieses waldgefährdenden Produkts nichts ändern. Ähnlich sieht es bei anderen landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen aus.

Quellen

- 1 <https://www.un.org/en/climatechange/science/causes-effects-climate-change>
- 2 https://webgate.ec.europa.eu/isdb_results/factsheets/region/details_mercosur_4_en.pdf
- 3 Greenhouse Gas Emissions and Removals Estimating System (SEEG) <https://seeg.eco.br>
- 4 Singh, Chandrakant et al.: Amazon Footprint Report 2025. Technical Brief: Drivers of Amazon deforestation in agricultural supply chains. Hrsg.: WWF, Stockholm Environment Institute, Trase, Chalmers University of Technology, November 2025: <https://wwfint.awsassets.panda.org/downloads/technical-brief-amazon-footprint-report--en.pdf>
- 5 Singh, Chandrakant/ Persson, Martin (2024) Deforestation and carbon emissions linked to agriculture and forestry production (2001 – 2022) <https://www.deforestationfootprint.earth>
- 6 European Commission: Directorate-General for Trade and Economic Security, Economic analysis of the negotiated outcome of the EU-Mercosur partnership agreement (EMPA) – An analysis prepared by the European Commission's Directorate-General for Trade, Juli 2025, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/6f1a741f-677e-11fo-bf4e-01aa75ed71a1/language-en>
- 7 European Parliament: Deforestation law: Parliament adopts changes to postpone and simplify measures, Press release 17.12.2025, www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20251211PR32168/deforestation-law-parliament-adopts-changes-to-postpone-and-simplify-measures
- 8 Van't Lam, Valérie et al. (2025) The amended EUDR: what has changed and what has remained? Stibbe, 30.12.2025, <https://www.stibbe.com/publications-and-insights/the-amended-eudr-what-has-changed-and-what-has-remained>
- 9 European Commission: Country Classification List: https://green-forum.ec.europa.eu/nature-and-biodiversity/deforestation-regulation-implementation/eudr-cooperation-and-partnerships/country-classification-list_en
- 10 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Annex 18A: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en
- 11 Raza, Werner et al.: Assess_EU-Mercosur 2.0: Assessing the final agreement text of the Association Agreement between the EU and Mercosur. AK Wien, Juni 2025: <https://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Studien/RR23-ASSESS-EU-Mercosur.pdf>
- 12 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – 21 Dispute Settlement, https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en
- 13 Greenpeace, Briefing: EU-Mercosur vs the EUDR. How the Commission traded the EU Deforestation Regulation away and got a bad deal in return, Juni 2025 https://www.greenpeace.org/static/planet4-eu-unit-stateless/2025/06/b95b586f-eudr_mercosur_legalbrief.pdf
- 14 Ministerio de Relaciones Exteriores: Acuerdo MERCOSUR-Unión Europea, 06.12.2024: https://www.gub.uy/ministerio-relaciones-exteriores/sites/ministerio-relaciones-exteriores/files/2024-12/Sintesis%20del%20Acuerdo%20Mercosur%20-%20Unión%20Europea_.pdf
- 15 Ministério das Relações Exteriores: FACTSHEET Mercosur-European Union Partnership Agreement, 06.12.2024: www.gov.br/mre/en/content-centers/statements-and-other-documents/factsheet-mercosur-european-union-partnership-agreement-december-6-2024
- 16 Amnesty International: Urgent Action. Brazil: Bill Threatens Human Rights and Climate, 22.07.2025: <https://www.amnesty.org.uk/urgent-actions/bill-threatens-human-rights-and-climate>
- 17 Mota da Cruz, Gabriela/ Chiodi Pereira, Luiz Arthur: What is the Soy Moratorium and why was it suspended?, In: Inesper, 09.10.2025: <https://agro.inesper.edu.br/en/agro-in-data/Articles/What-is-the-soy-moratorium-and-why-was-it-suspended>
- 18 Imanol R.H.: ¿Qué está pasando con la moratoria de la soja en la Amazonía y por qué alarma a los ecologistas? In: Ecoticias, 07.01.2026: <https://www.ecoticias.com/eco-america/moratoria-de-la-soja-en-la-amazonia-en-riesgo-tras-abandono-empresarial>
- 19 Portal da Moratória da Soja: Uso e cobertura da terra no bioma Amazônia 2022/23: <https://moratoriadasoja.com.br/home#methodology>
- 20 Instituto de Pesquisa Ambiental de la Amazonía (Ipam): <https://ipam.org.br/pt/>
- 21 Imanol R.H. 07.01.2026
- 22 Raza et al. 2025
- 23 Singh / Persson 2024
- 24 IEA 2025, Global Energy Review 2025, IEA, Paris: <https://www.iea.org/reports/global-energy-review-2025>
- 25 Crippa, M. et al., GHG emissions of all world countries – 2025 Report, Publications Office of the European Union, Luxembourg, 2025, https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2025?vis=co2tot#emissions_table
- 26 European Commission: Directorate-General for Trade and Economic Security 2025
- 27 Campos, Rodolfo G. et al., The EU-MERCOSUR Trade Agreement and Its Impact on CO₂ Emissions. Banco de España Article 2/22, 20.01.2022: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4021945

- 28 Latorre, Maria et al. 2022, The EU-Mercosur agreement: An in-depth analysis of CO₂ emissions and labor market results., <https://ideas.repec.org/p/ags/pugtwp/333488.html>
- 29 Eckes, Christina/Krajewski, Pjotr: How Sustainable is the EU-Mercosur Agreement?, Legal Analysis, 17.4.2025: https://caneurope.org/content/uploads/2025/04/Legal_analysis_sustainability_EU-Mercosur_Agreement.pdf
- 30 Verheyen, Roda/Winter, Gerd 2024, The Compatibility of the draft EU-Mercosur Free Trade Agreement with EU and International Climate Protection Law. In: Journal of World Trade 58(16), 963–988. Januar 2024 <https://www.greenpeace.de/publikationen/Rechtsanalyse%20Handelsvertrag%20EU-Mercosur%20verst%C3%B6%C3%9Ft%20gegen%20Klimagesetze%20englisch.pdf>
- 31 Cristea et al.: Trade and the greenhouse gas emissions from international freight transport. Journal of Environmental Economics and Management, 65(1), S. 153-173, Dezember 2023. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S095069612000708>
- 32 Raza et al. 2025
- 33 Mercado Cordova, Jesus Alberto und Koo, Yoonmo (2023): Trade-induced land-use transitions and greenhouse gas emissions: The case of the EU-Mercosur free-trade agreement. In: Journal of Cleaner Production 429, 139327. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2023.139327>
- 34 GRAIN: EU-Mercosur trade deal will intensify the climate crisis from agriculture, 25.11.2019. <https://grain.org/en/article/6355-eu-mercator-trade-deal-will-intensify-the-climate-crisis-from-agriculture>
- 35 Verheyen/Winter 2024
- 36 Aubry, Manon et al: Request for an opinion of the Legal Service of the European Parliament, 25.11.2025. https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2025/11/25/CLEANDoc2025_9348.pdf
- 37 Europäisches Parlament, 2026: EU-Mercosur Abkommen: EuGH soll Vereinbarkeit mit EU-Verträgen prüfen, 21.01.2026. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260116IPR32450/eu-mercator-abkommen-eugh-soll-vereinbarkeit-mit-eu-vertragen-prufen>
- 38 European Commission: Directorate-General for Trade and Economic Security 2025, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/6f1a741f-677e-11f0-bf4e-01aa75ed71a1/language-en>
- 39 Raza et al. 2025
- 40 ACEA: Fact Sheet: EU-Mercosur Free Trade Agreement, September 2025. <https://www.acea.auto/fact/fact-sheet-eu-mercator-free-trade-agreement/>
- 41 Fritz, Thomas 2022: Mobilitätswende ausgebremst: Das EU-Mercosur-Abkommen und die Autoindustrie, ATTAC/Deutsche Umwelthilfe/Greenpeace/Misereor/Netzwerk Gerechter Welthandel/PowerShift. <https://power-shift.de/studie-eu-mercator-abkommen-autoindustrie/>
- 42 BR24 Redaktion, EU weicht Verbrenner-Aus auf: Was heißt das konkret? 16.12. 2015. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/eu-lockert-verbrenner-aus-ab-2035-was-heisst-das-konkret,V5YysM>
- 43 Buberger, Johannes et al., Total CO₂-equivalent life-cycle emissions from commercially available passenger cars, Renewable and Sustainable Energy Reviews, Volume 159, 2022. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1364032122000867>
- 44 ACEA, Auto makers welcome conclusion of EU-Mercosur trade deal, Juli 2019. <https://www.acea.auto/press-release/auto-makers-welcome-conclusion-of-eu-mercator-trade-deal/>
- 45 ACEA, Policy paper – EU Mercosur free-trade agreement, September 2025. <https://www.acea.auto/publication/policy-paper-mercator/>
- 46 Umweltbundesamt, Wie hoch sind die Treibhausgasemissionen pro Person in Deutschland und wie viel wäre klimaverträglich? <https://www.umweltbundesamt.de/n88592de>
- 47 Vgl. Fritz 2022
- 48 Rudloff, Bettina et al., A comprehensive analysis of the updated trade part of the EU-Mercosur Partnership Agreement, Juni 2025. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2025/754477/EXPO_STU\(2025\)754477_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2025/754477/EXPO_STU(2025)754477_EN.pdf)
- 49 Vgl. Eckes/Krajewski 2025, Raza et al. 2025, Fritz 2022
- 50 NewClimate Institute/ Climate Analytics, Climate Action Tracker. <https://climateactiontracker.org/countries/>
- 51 European Commission, 2023 climate targets, September 2020. https://climate.ec.europa.eu/eu-action/climate-strategies-targets/2030-climate-targets_en
- 52 Stockholm Resilience Centre, Planetary Boundaries, 2025. <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html>

Impressum

Berlin, März 2026

© PowerShift e. V.

Herausgeber

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel.: +49 30 42805479

bettina.mueller@power-shift.de

<https://power-shift.de>

<https://power-shift.de/impressum/>

Eingetragen beim Registergericht AG

Charlottenburg, VR 29859 B

Autorinnen

Bettina Müller, Paula Müller

Layout und Design

Christopher Freeman | conductdesign.com

Redaktion

Paula Müller, Thomas Fritz

Titelbild: Foto: Chanaka / Pexels.com

Mitherausgeber

Attac Deutschland, Attac Österreich, Anders Handeln Österreich, Naturfreunde Deutschlands,

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL),

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (CBG), Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)



Gesellschaft für
bedrohte Völker



European
Climate
Foundation

Diese Publikation wurde von der European
Climate Foundation unterstützt.

PowerShift

Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Unser Ziel ist eine ökologisch und sozial gerechtere Weltwirtschaft. Dafür setzen wir unsere Expertise in Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik ein: Mit umfassenden Recherchen durchleuchten wir politische Prozesse, benennen die Probleme eines ungerechten globalen Wirtschaftssystems und entwickeln Handlungsalternativen. Um unsere Ziele zu erreichen, formulieren wir politische Forderungen, betreiben Informations- und Bildungsarbeit und schmieden starke Bündnisse – mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Bürger*innen. Gemeinsam mischen wir uns ein!

Wenn Sie über unsere Arbeit auf dem Laufenden bleiben wollen, dann abonnieren Sie unseren Newsletter:

<https://power-shift.de/newsletter-bestellen/>

PowerShift